

KORRUPTION

Kein Freibrief für Freiberufler

Ein Kassenarzt löst durch sein ärztliches Tun vom Arzneimittelrezept bis zur Krankenhauseinweisung rund viermal so hohe Kosten aus, wie er selbst an Honorar von den Krankenkassen erhält. Die Liste der Abhängigen ist lang: Kein orthopädischer Schuh wird angefertigt, kein Blutbild oder MRT von 600 Euro, ohne dass ein Mediziner es angeordnet hat. Der Geschäftserfolg nicht nur der Pharmaindustrie und des Röntgeninstituts hängt an ärztlichen Verordnungen. Beim Krankengymnasten und beim Sanitätshaus um die Ecke ist schnell die Existenz gefährdet, wenn sie sich mit dem Orthopäden in der Nachbarschaft nicht mehr verstehen.

Nicht zu vergessen das ständige Klagelied der Zahnlabors über die Abhängigkeit von den Launen ihrer zahnärztlichen Auftraggeber, vor allem wenn es um das pünktliche Zahlen der Rechnung geht. Diese Fakten muss sich vor Augen halten, wer erlauben will, was die Entscheidung des Bundesgerichtshofs bedeutet, Ärzte seien weder Angestellte noch Funktions-träger der Krankenkassen, sondern Freiberufler, und deshalb könnten sie anders als etwa angestellte Chefärzte nicht wegen Bestechlichkeit bestraft werden. Korruptes Verhalten von Kassenärzten, so der Große Senat, sei nach geltendem Recht nicht strafbar.

Doch im Licht der Fakten klingt das Urteil wie eine Ermunterung an die Mediziner, sich künftig die „Gunst“ sämtlicher Berufs- und Gewerbe-zweige, die von ihnen abhängen, durch „Vergünstigungen“ entlohnen zu lassen. Daran ändert sich auch nichts dadurch, dass genau dieses schon seit langem nach dem ärztlichen Berufsrecht und seit kurzem auch nach dem Sozialrecht verboten ist. Denn in der Regel konnten oder wollten weder Kassen noch Ärztekammern bislang verhindern, dass sich Mediziner zumindest gelegentlich auf die eine oder andere Weise schmierig ließen, obwohl die Liste möglicher Sanktionen bis zum Entzug der Kassenzulassung reicht.

Zahlen müssen derlei Gunstbeweise aber letztlich die Beitragszahler. Denn sie werden am Ende auf die Preise umgelegt. Noch teurer sind die Leistungen, die wegen solcher Bonusleistungen erbracht werden, obwohl sie medizinisch überflüssig sind. Deutschland ist Weltmeister im Röntgen und bei anderen teuren Diagnoseverfahren. Das ärgert auch den BGH.

Er hat mit seinem Urteil ausdrücklich nur klargestellt, dass man diese Form der Korruption nicht einfach mit einem Rechtsstrick strafbar machen kann, indem man dem Vertrags- und Kassenarzt kurzerhand die Freiberuflichkeit abspricht. Ansonsten schrieb er dem Gesetzgeber ins Stammbuch, dass der allein zu befinden habe, ob durch „Schaffung entsprechender Straftatbestände eine effektive strafrechtliche Ahndung von Korruption im Gesundheitswesen ermöglicht werden soll“. Genau das hat der Gesetzgeber bisher versäumt. Nun muss er handeln, schon um zu verhindern, dass das BGH-Urteil in der öffentlichen Wahrnehmung zum Freibrief für Freiberufler wird, sich korrumpieren zu lassen.

Peter Thelen

Der Autor ist Korrespondent in Berlin. Sie erreichen ihn unter thelen@handelsblatt.com

Verantwortlicher Redakteur der Meinungsseiten: Torsten Riecke, Berlin. Sie erreichen die Meinungsredaktion: E-Mail: hb.meinung@vhb.de Adresse: Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf



KONJUNKTUR

Deutsche Firmen sind gut vor bereitet

Dorit Heß

Die hiesigen Unternehmer haben aus dem Absturz nach der Lehman-Pleite gelernt. Sie haben ihre Firmen wettbewerbsfähiger gemacht und müssen einen Abschwung nicht fürchten.

Wohl dem, der eine gesunde Selbsteinschätzung hat. Deutsche Unternehmer haben diese Eigenschaft - das ist Teil ihres großen Erfolges. Ihre aktuelle Erkenntnis kommt einem Glück im Unglück gleich: Sie sind bestens aufgestellt und gerüstet, und sie wissen das. Aber sie können sich der ausbreitenden Krise der Weltwirtschaft nicht länger entziehen.

Für beides - die gute Lage und die schlechten Aussichten - gibt es zahlreiche Indizien: Den aktuellsten Hinweis haben am Ende der vergangenen Woche die Ifo-Wissenschaftler in München veröf-

fentlicht, die jeden Monat rund 7000 Unternehmen aus der Industrie, dem Bau, dem Groß- und Einzelhandel nach ihrer Stimmung fragen. Das Geschäftsklima, das sie erheben, sackte im Juni deutlich nach unten. Verantwortlich dafür waren ausschließlich die zurückgenommenen Erwartungen an die Geschäfte in der zweiten Jahreshälfte.

Über Monate hinweg hatten die guten Umfrageergebnisse verwundert. Die Stimmung der Unternehmen war stabil oder sogar gestiegen. Ist die Selbsteinschätzung der Unternehmer doch nicht so gut? Haben sie sich geirrt? Die Antwort lautet in doppelter Hinsicht nein.

Zum einen haben sie sich zu Recht stark gefühlt. Sie wissen, dass sie effizient und wettbewerbsfähig arbeiten, dass ihre Produkte gefragt sind und dass ihre Position auf den wichtigsten Auslandsmärkten aussichtsreich ist. Und sie wissen, dass Panik mehr schadet als nützt.

Zum zweiten haben sie trotz ihrer optimistischen Haltung besonnen gehandelt. Sie wollen nicht noch einmal so auf dem falschen Fuß erwischt werden wie während des Lehman-Zusammenbruchs, als ihre Lager voll, ihre Kunden und sie nervös waren und der Absturz tief. Deshalb fahren nun vor allem die Produzenten von Vorleistungsgütern ihre Vorräte runter, kaufen weniger ein und schrauben ihre Investitionen zurück.

Im ersten Quartal gingen die Ausgaben für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge um 0,8 Prozent und für Bauten um 1,3 Prozent zurück, verglichen mit dem vierten Quartal 2011. Und die abgebauten

Vorräte dämpften das Wirtschaftswachstum um 0,4 Prozentpunkte. Dass die deutsche Wirtschaft trotzdem dank einer starken Auslandsnachfrage und eines soliden privaten Konsums stark zugelegt hat, zeigt, wie berechtigt die grundsätzliche optimistische Einschätzung der Unternehmen war.

Inzwischen aber steht ein Abschwung der Weltwirtschaft mit Ansage bevor: Die Schuldenkrise der europäischen Nachbarn nimmt immer ungewissere Züge an. Ob sich die amerikanische Wirtschaft nachhaltig erholt, ist weniger klar als noch vor einigen Wochen. Gerade hat die US-Notenbank Fed ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr um einen halben Prozentpunkt nach unten geschraubt. Und nun verlieren auch noch die Schwellenländer ihren Sonderstatus als nicht zu stappende Wachstumsmärkte: Nicht nur in Brasilien und Indien hat sich das Wachstum in der ersten Jahreshälfte deutlich abgekühlt, auch in China nimmt das Tempo ab.

Deutschland als eine der offensten Volkswirtschaften dieser Welt kann das nicht unberührt lassen. Die Anzeichen dafür werden immer deutlicher, sogar in Branchen wie dem Automobilsektor, der symbolisch für die Kraft der deutschen Wirtschaft steht. Die Lieferzeiten bei vielen Autobauern werden derzeit kürzer, die Rabattangebote nehmen zu.

Wie gut die deutschen Unternehmer ihre Situation einschätzen können, haben sie auch schon bewiesen, als es nicht um Stärken, sondern Schwächen ging. Jahrelang haben sie ihre Wettbewerbsfä-

WORTE DES TAGES

„Bislang haben die Mitgliedstaaten in Europa fast immer das letzte Wort. Das kann nicht so bleiben.“

WOLFGANG SCHÄUBLE, Bundesfinanzminister

„Man muss berücksichtigen, dass mehr Flexibilität bei der zeitlichen Umsetzung mehr finanzielle Anstrengungen der Mitgliedsländer bedeutet.“

HERMAN VAN ROMPUY, EU-Ratspräsident

„Es ist richtig, dass diese Art von Unterstützung teilweise in Verruf geraten ist.“

THOMAS STEG, VW-Generallieferant, zum politischen Sponsoring

„Flughafeninfrastruktur ist keine Entscheidung, die uns jetzt betrifft, sondern die Generationen nach uns.“

CHRISTOPH FRANZ, Lufthansa-Chef

EURO-KRISE

Überlebensstrategie mit Ach und Krach

Wenige Tage vor dem EU-Gipfel, der Europa den Weg aus der Krise und in die Zukunft weisen soll, zeigt sich der Kontinent zerstritten wie nie. Daran ändert auch das hastig geschnürte Wachstumspaket nichts, auf das sich Bundeskanzlerin Merkel mit ihren Kollegen aus Frankreich, Spanien und Italien geeinigt hat. Die in Rom beschlossenen Maßnahmen waren bekannt und werden die Finanzmärkte nicht davon ablenken, dass die Regierungschefs in allen wesentlichen Fragen uneinig sind.

Offen liegt der Streit darüber, wie die akute Gefahr abgewendet werden soll, dass die Währungsunion unter der Schuldenlast und dem Druck der Finanzmärkte auseinanderbricht. Der Italiener Monti fordert mit Unterstützung des Franzosen Hollande und des Spaniers Rajoy, dass die europäischen Rettungsschirme EFSF und ESM am Markt südeuropäische Staatsanleihen aufkaufen, um den Zugang der hochverschuldeten Länder zu den Finanzmärkten offenzuhalten. Da der italienische Regierungschef nur zu gut weiß, dass die Mittel der Rettungsfonds niemals reichen, um den zwei Billionen Euro großen Markt für italienische Schuldscheine zu stabilisieren, will er die Europäische Zentralbank (EZB) zu Hilfe holen. Die Euro-Banker sollen im Auftrag der Rettungsfonds die Staatsmittel aufkaufen oder ihnen über eine Banklizenz Feuerkraft verleihen. Das alles möglichst ohne Auflagen für die betroffenen Länder.

Merkel jedoch will auf keinen Fall im Namen der deutschen Steuerzahler einen Blankoscheck ausstellen. Das könnte sie politisch Kopf und Kragen kosten. Und gegen eine Beteiligung der EZB legt sich Bundesbank-Chef Jens Weidmann quer, indem er zu Recht darauf hinweist, dass dies auf eine „verbotene Staatsfinanzierung durch die Notenpresse“ hinausläufe. Die Toleranz der Bundesbank hat ohnehin die Grenze

Torsten Riecke



Die teure Rettung des Euros wächst sich zu einem kaum noch zu kontrollierenden Risiko für die weitere Existenz Europas aus.

zur Selbstverleugung erreicht, nachdem die EZB jetzt selbst Anleihen zur Refinanzierung der spanischen Banken akzeptierte, die nur noch mit hochrisikanten Hypotheken aus der Immobilienblase gesichert sind. Wo das enden könnte, wissen wir seit der Subprime-Krise in Amerika. Beim Streit über die kurzfristigen Rettungsmaßnahmen schimmert durch, wie unterschiedlich die Vorstellungen über eine Stabilitätskultur sind. Wenn es darum geht, den künftigen Kurs Europas abzusteuern, brechen die Differenzen offen aus.

Merkel will erst eine Politische Union, damit eine Fiskalunion funktioniert. Zum Schluss könnten dann die Bankenunion und Euro-Bonds folgen. Der Franzose Hollande will zuerst die Bankenunion, dann eine Fiskalunion „light“ mit politisch dehnbaren Regeln, aber auf keinen Fall die Politische Union. Rajoy und Monti liegen eher auf der Linie des Franzosen, wollen möglichst schnell eine gemeinsame europäische Haftung für ihre Schuldenberge, sich aber möglichst wenig von Brüssel oder Berlin reinreden lassen. Wie diese europäischen Gräben innerhalb von fünf Tagen zu-

geschüttet werden sollen, ist unerfindlich. Hinzu kommt, dass Merkel mit ihrem Plan für eine Politische Union nicht nur den Partnern, sondern auch den eigenen Landsleuten davonzueilen droht. Zweimal innerhalb einer Woche musste das Bundesverfassungsgericht die Kanzlerin bremsen, ihren Rettungskurs vorbei an Parlament und Volk durchzuziehen und so demokratische Rechte auszuhebeln. Dass Finanzminister Schäuble für eine baldige Volksabstimmung über ein neues Grundgesetz plädiert und Bundesstaatspräsident Lammer jetzt für den neuen Rettungsschirm ESM anregt, ihn nur mit Zweidrittelmehrheit des Bundestags zu beschließen, zeigt, wie mulmig den Regierenden inzwischen zumute ist.

„Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Diese apokalyptische Warnung von Angela Merkel treibt die Rettungseuropäer seit mehr als zwei Jahren zu immer teureren Hilfszusagen und immer riskanteren politischen Manövern. Nach dem Motto „Kostet es, was es wolle“ sollen der Euro und Europa vor dem Scheitern bewahrt werden.

Das Ziel ist aller Ehren wert, doch heiligt es nicht alle Mittel. Unter Umständen könnte sich die düstere Prophezeiung der deutschen Kanzlerin auch in ihr Gegenteil verkehren: „Wird der Euro gerettet, könnte dabei Europa zerstört werden und die Demokratie Schaden erleiden.“ Weniger dramatisch, aber genauer: Wenn wir so weitermachen, werden wir vielleicht die Währungsunion noch ein paar Jahre mit Ach und Krach am Leben erhalten. Aber das Europa des friedlichen und freundlichen Miteinanders könnte dabei draufgehen. Vom „großen Wurf, eines Freundes Freund zu seyn“, wie es in der europäischen „Ode an die Freude“ heißt, sind wir jedenfalls weit entfernt.

Der Autor ist Leiter der Meinungsredaktion des Handelsblatts. Sie erreichen ihn unter: riecke@handelsblatt.com

GRIECHENLAND

Die letzte Chance

Die neue Regierung Griechenlands, die von Mitte-rechts bis Mitte-links reicht, wird sehr große Anstrengungen unternehmen müssen, um Vertrauen und Stabilität wiederherzustellen. Griechenland lebt seit mehr als zwei Jahren in Agonie, in der die Gesellschaft verzweifelt ist angesichts einer ständig steigenden Arbeitslosigkeit von mittlerweile 22 Prozent und einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent.

Die internationale Finanzkrise hat die Schwächen des griechischen Wirtschaftsmodells offenbart: nicht konkurrenzfähige wirtschaftliche Basis, untragbar hohes, durch Kredite finanziertes Konsumniveau und zutiefst reformbedürftige staatliche Strukturen. Wichtige Veränderungen haben stattgefunden, die vor kurzem noch undenkbar schienen. Der Staatshaushalt wurde bei einem ständig sinkenden Brutosozialprodukt um 6,5 Prozent gekürzt - härtere Kürzungen als jedes andere OECD-Mitglied seit Jahrzehnten erreichen konnte. Die öffentlichen Gehälter wurden kräftig reduziert, gleichfalls die Renten. Die sogenannte interne Abwertung findet auch statt: Die nominellen Arbeitskosten wur-

Loukas Tsoukalis



Um Griechenland zu retten, müssen nationale Reformen mit europäischen Rezepten kombiniert werden.

den in den letzten zwei Jahren um rund 15 Prozent gesenkt und haben etwas der verlorenen Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft wiederhergestellt.

Was nicht stattgefunden hat, zumindest nicht in genügendem Maße, sind strukturelle Reformen, vor allem im aufgeblassenen und ineffizienten öffentlichen Sektor. Das bleibt das größte Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung. Die neue Regierung muss sich ein Reformprogramm zu ei-

gen machen, das Privatisierungen, Bürokratieabbau sowie effektive Maßnahmen gegen Steuerflucht umfasst. Dies ist die vielleicht letzte Chance für die alte politische Klasse, sich zu reformieren und den Boden für durchgreifende politische Erneuerungen vorzubereiten.

Strukturelle Reformen und Haushaltskonsolidierung sind unabdingbar. Aber strukturelle Maßnahmen brauchen Zeit, bis sie wirken, und sind in der Rezession politisch schwierig. Gleichzeitige harte Sparmaßnahmen untergraben in vielen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung. Genau das erleben wir jetzt in Europa. Wir brauchen wachstumsfördernde Maßnahmen, eine schnelle Rekapitalisierung der Banken und mehr Liquidität in der Wirtschaft sowie eine symmetrische Justierung zwischen Defizit- und Überschussländern. Um Griechenland zu retten (und den Euro), müssen wir die nationale Verantwortung für die Reformen mit mutigen europäischen Lösungen kombinieren.

Der Autor ist Präsident des griechischen Think-Tanks Eliamep. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com